

An die  
Mitglieder des  
Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

**Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT**

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat mit Schreiben vom 23. Dezember 2023 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

**„Antisemitismus bekämpfen - Plan der Landesregierung in Rheinland-Pfalz“.**

**Begründung:**

Über die Medien (u.a. BILD Frankfurt, 20. Dezember 2023, <https://www.bild.de/regional/frankfurt/frankfurt-aktuell/hessen-mit-knallhart-plan-schul-verweis-fuer-juden-hasser-86481198.bild.html>) wurde bekannt, dass der Antisemitismus-Beauftragte des Landes Hessen, Uwe Becker (CDU), jüdisches Leben so bedroht sehe, wie es seit 90 Jahren in Deutschland nicht der Fall gewesen sei. Er fordere daher u.a.:

1. Schulverweise bei antisemitischen Handlungen gegenüber jüdischen Mitschülern
2. Zwangs-Exmatrikulation bei der Verbreitung von Juden Hass an Universitäten und Hochschulen
3. Bekenntnis zum Existenzrecht Israels in allen Fragen des Aufenthalts- und Asylrechts in Deutschland
4. Verweigerung von VISA/der Einreise bzw. Beendigung des Aufenthalts und Verhinderung der Einbürgerung antisemitischer Migranten
5. Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bei antisemitischen Straftaten
6. Kürzung von Sozialleistungen bei antisemitischen Straftaten
7. Strafbarkeit der Radikalisierung von Minderjährigen durch Erwachsene/Eltern
8. Vereinsverbote bei antisemitischen Einstellungen
9. Verbot von Parolen, Sprachbildern und Symbolen, die die Auslöschung Israels oder jüdischen Lebens beinhalten

10. Gewährung öffentlicher Fördermittel an Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und Übernahme der IHRA-Definition binden
11. Ausbau der Präventionsprogramme gegen Antisemitismus an Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Jugendeinrichtungen
12. Ausbau der Schulungsprogramme im Kampf gegen Antisemitismus in den Bildungs-/Ausbildungsgängen in den Bereichen Kultus, Justiz und Polizei

Die Landesregierung wird um Bericht gebeten, ob sie ähnliche Pläne verfolgt dem Antisemitismus in Rheinland-Pfalz wirksam entgegen zu treten und welche konkreten Maßnahmen das sind.